

## Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zum Antrag „Verlässliche Abstandskriterien für Windkraftanlagen in Brandenburg“  
der CDU-Fraktion (Drs. 6/233)

### **Möglichkeiten zur Akzeptanzverbesserung bei der Windenergie nutzen**

#### **Der Landtag möge beschließen:**

Die Landesregierung wird aufgefordert dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie zu berichten, welche Maßnahmen sie ergriffen hat und ergreifen wird, um die Akzeptanz für den Ausbau der Windenergie zu verbessern.

Der Bericht sollte Stellungnahmen insbesondere zu den Fragestellungen

- mit welchen Finanz- und Personalmitteln die Regionalen Planungsgemeinschaften ausgestattet werden
- welche Verbesserungen bei der Bürgerbeteiligung und bei der Transparenz der Planungsverfahren vorgesehen sind und
- welche Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Beteiligung von Kommunen und Bürgern an Projekten zur Stromerzeugung aus Windenergie ergriffen werden

enthalten.

Darüber hinaus wird der Ausschuss für Wirtschaft und Energie aufgefordert zu dem Thema eine Anhörung von Experten und Betroffenen zu organisieren. Über die Ergebnisse der Anhörung ist dem Landtag zu berichten.

#### **Begründung:**

Brandenburg ist eines der führenden Länder bei der Nutzung der Windenergie. In der Branche sind laut einer Studie des DIW-econ vom August 2014 in Brandenburg bereits über 5000 Arbeitsplätze entstanden, mit potentiell steigender Tendenz.

Die Energiestrategie 2030 sieht vor, die Windenergieleistung bis 2030 zu verdoppeln und dafür 2% der Landesfläche zur Verfügung zu stellen. Dieses Ziel ist nach Aussagen der Landesregierung im Infrastrukturausschuss bei einer Nutzung der Länderöffnungsklausel im Baugesetzbuch (§ 249 Abs. 3) in Brandenburg mit einer Abstandsregel in zehnfacher Anlagenhöhe (10H) nicht mehr zu erreichen. Daher ist die Nutzung der Länderöffnungsklausel kein zielführendes Instrument für die Windenergieplanung.

Gleichwohl ist die Akzeptanz der Energiepolitik ein unverzichtbarer Motor der Energiewende. Wenn die Nutzung der Windenergie in Brandenburg mehr Akzeptanz finden soll, müssen bei der Konfliktbewältigung Alternativen zur Nutzung der Länderöffnungsklausel gefunden und genutzt werden.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen